

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. Landesausgabe. 1947-1948 1947

11 (3.6.1947)

DAS NEUE BADEN

LANDES-

AUSGABE

Nr. 11 / 1. Jahrg.

Dienstag, 3. Juni 1947

Preis 20 Pfg.

Bevin und die britische Außenpolitik

Margate. In seiner außenpolitischen Rede vor der Jahreskonferenz der Labour-Party verlas der britische Außenminister Bevin eine Erklärung zur Deutschen Frage. In der Erklärung heißt es, schlag von Moskau nicht als endgültig und Einheit Deutschlands zu arbeiten, wie es im

Das zeitweilige Versagen, ein Abkommen über eine gesamtdeutsche Wirtschaftseinheit zu erreichen, habe es notwendig gemacht, die britische und amerikanische Zone als wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Bevin erklärte hierzu, er sei froh, daß zwischen den britischen und amerikanischen Vertretern in Deutschland ein Abkommen für einen neuen Wirtschaftsrat geschlossen worden sei. Die Westzonen hätten niemals ein einziges Pfund Nahrungsmittel aus Ostdeutschland erhalten. Die Bemühungen zur Schaffung einer Wirtschaftseinheit seien daran gescheitert, daß Großbritannien keiner Reparationsleistung aus der laufenden Erzeugung zustimmen könne, solange Deutschland keine ausgeglichene Wirtschaft habe. Die britische Regierung könne allerdings, so fuhr Bevin fort, keine Garantie dafür übernehmen, daß durch den neuen Wirtschaftsrat sofort Ergebnisse zutage treten würden.

Der mittlere Osten

Großbritannien könne es sich nicht leisten, erklärte der britische Außenminister, seine Stellung in diesem Gebiet aufzugeben. Die Politik der britischen Regierung zielt auf die Unabhängigkeit der arabischen Staaten hin. Diese Länder hätten nicht nur das Stadium eines zusammengefaßten Staatsgebildes erreicht, sondern näherten sich auch einer wirklichen Unabhängigkeit.

Aegypten

Großbritannien sei seinen Verpflichtungen, so führte Bevin zur Aegyptenfrage aus, im Kriege unter Einsatz seines Blutes und seines Kapitals nachgekommen, es sei nach der Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch die Labour-Party von vornherein klar gewesen, daß sie nicht an eine Aufgabe der britischen Position in Aegypten gedacht habe. Wozu man allerdings bereit sei, sei die Schaffung eines neuen Bündnisvertrages an Stelle der alten Methode einer Besetzung Ungleichgewichte habe die gegenwärtige ägyptische Regierung die Verhandlungen gerade in dem Augenblick abgebrochen, als er, Bevin, sich bemüht habe, eine Lösung zu finden.

Der Suezkanal

Bevin erklärte weiter, die Frage der Internationalisierung des Suezkanals sei eingehend geprüft und der Vertrag so abgefaßt worden, daß er bei einer Ausarbeitung regionaler Verpflichtungen durch den Militärausschuß der UN oder irgendeiner anderen Körperschaft den Verhältnissen angepaßt sei und in Übereinstimmung mit dem Programm der Vereinten Nationen durchgeführt werden könne.

Die Dardanellen

Zur Dardanellenfrage sagte Bevin, Großbritannien sei immer noch damit einverstanden, sich an Besprechungen zur Revision des Vertrages von Montreux zu beteiligen. Die Forderungen, die von der Sowjetunion gestellt würden, führten jedoch nach bei-

Rede vor der Jahreskonferenz der Labour-Party eine Erklärung zur Deutschen Frage. In der Erklärung heißt es, schlag von Moskau nicht als endgültig und Einheit Deutschlands zu arbeiten, wie es im

tischer Ansicht dazu, daß die Türkei einen großen Teil ihrer Unabhängigkeit verlieren würde, und dies sei eine Tatsache, die Großbritannien nicht akzeptieren könne.

Palästina

Die Lösung der Palästinafrage sei den Vereinten Nationen übergeben worden, und er hoffe, daß dies damit endgültig sei. Eine Einwanderung von Juden nach Palästina ohne zahlenmäßige Begrenzung oder sonstige Hindernisse sei nicht im Mandat vorgesehen, und ließe sich auch nicht mit der Balfour-Erklärung vereinbaren. Er könne kein anderes Land in der ganzen Welt, das sich in dieser Angelegenheit so tolerant gezeigt habe, wie Großbritannien in den letzten Jahren.

Griechenland

Zur Griechenlandfrage stellte Bevin fest, er entschuldige sich nicht für die dort erfolgte britische Intervention. Es sei gefährlich, wenn man in kleinen Ländern mit dem Bürgerkrieg spiele, denn dies verführe manchmal Großmächte dazu, Stellung zu nehmen, wodurch wiederum größere Konflikte hervorgerufen würden.

Indien

Der Weltfrieden werde, so erklärte Bevin zum indischen Problem, auf viele Jahre hinaus in starkem Maß von einer Lösung dieser Frage abhängen. Ganz Indien stehe im Zeichen des Wandels. Das Land durchlebe die Geburtswehen vollständiger Unabhängigkeit und einer neuen Verfassung.

Indonesien

Auf die Verhältnisse in Indonesien eingehend, sagte Bevin, die Menschen verständen nicht, daß die Fettversorgung der Welt innerhalb von 12 Monaten geregelt sei.

wenn Frieden in Niederländisch-Indien herrsche. Die Errichtung friedlicher Verhältnisse in China und in Indonesien sowie ein Uebereinkommen mit Japan werde die Verteilung von Lebensmitteln, Fetten, Ölen, Rohmaterialien, Seide und Textilien für die ganze Welt ermöglichen.

Japan

Die Frage des Friedensvertrages mit Japan sei ein Problem, so sagte er weiter, von dem die britischen Dominien stark betroffen würden. Er sei der Ansicht, daß die 11 Länder, die sich im Kriegszustand mit Japan befunden hätten, sich auch bei einer Friedenskonferenz zur Lösung dieser Frage zusammenschließen sollen, da die in Potsdam angewandten Methode, vier oder fünf Außenminister die Schaffung eines Friedensvertrages anzuvertrauen, bei einem Vertragsbeschluß mit Japan nicht zufriedenstellend sei.

Die Truppenstärke

Zur Stärke der britischen Truppen im Ausland erklärte Bevin: Aus Aegypten seien Streitkräfte in Stärke von 400 000 Mann ohne jeden Verlust und ohne Unruhen zurückgezogen worden. Bis zum Ende des Jahres 1948 werden Großbritannien imstande sein, die Zahl der Truppen in der Kanalzone zu vermindern, die nach dem Vertrag 100 000 Mann betragen sollen. In Griechenland betrage die Zahl der britischen Truppen nur noch 5000 Mann. Aus Venezia Giulia würden innerhalb von 90 Tagen nach Ratifizierung des italienischen Friedensvertrages etwa 54 000 Mann und aus Triest innerhalb von 5 Monaten nach der Ratifizierung etwa 5000 Mann zurückgezogen werden. Die britischen Truppen in Uebersee, so erklärte Bevin, würden nach Abschluß der Verträge geringer sein, als je zuvor. Zum Abschluß seiner Rede erklärte Bevin, er hoffe, daß man im kommenden November auf der Londoner Konferenz des Redens müde sei und sich endlich einigen würde.

Die Münchener Ministerkonferenz

Der Generalsekretär des Länderrates, Erich Rossmann, erklärte, er habe auf seiner Reise in die Sowjetzone die Versicherung erhalten, daß mit nahezu 100%iger Sicherheit mit der Teilnahme der Ministerpräsidenten der Sowjetzone an der Münchener Konferenz gerechnet werden könne. Auch die neuerdings erhobene Forderung, die Konferenz in Berlin unter Beteiligung der Parteien abzuhalten, werde seiner Meinung nach davon nichts ändern. Der niedersächsische Ministerpräsident Kopf hat die Einladung zur Ministerpräsidentenkonferenz ebenfalls angenommen.

Den Vorschlag der Regierungschefs aus der Ostzone, die Grundlage der Ministerpräsidentenkonferenz von München sowohl personell als auch im Programm zu erweitern, hat der bayrische Ministerpräsident Dr. Ehard abgelehnt. Durch eine Note, die von der bayrischen Staatskanzlei veröffentlicht wurde, bringt der bayrische Ministerpräsident zum Ausdruck, daß nach der Annahme der Einladung durch die Ministerpräsidenten

der drei westlichen Zonen ebenso wie durch die Leiter der freien Städte eine Veränderung an dem ursprünglich vorgesehenen Konferenzplan nicht mehr möglich sei.

Die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der deutschen Staaten, die in München am 6. und 7. Juni stattfinden soll, um Wirtschaftspragen zu erörtern, wird an zuständiger Pariser Stelle wenig beifällig begrüßt. Man verweist darauf, daß jeder der Ministerpräsidenten von der Militärregierung seiner Zone abhängig, weshalb man nicht einsehen könne, welches Ergebnis nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz die Münchener Erörterungen haben könnten. Auf keinen Fall werde Frankreich zulassen, daß die Ministerpräsidenten politische Fragen besprechen. Sollte die Absicht bestehen, andere als wirtschaftliche Fragen zu behandeln, so würde die Ermächtigung zur Teilnahme, die den Ministerpräsidenten der französischen Zone gegeben worden war, annulliert werden. Dagegehende Instruktionen wurden bereits an die zuständigen Stellen übermittelt.

Einfache Sommerzeit ab 29. Juni

Der Koordinierungsausschuß des allierten Kontrollrates beschloß die Wiedereinführung der einfachen Sommerzeit am 29. Juni.

Verhandlungen über Grönland

Washington. Der amerikanische Außenminister George Marshall erklärte, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, Verhandlungen mit Dänemark für ein neues Abkommen über Grönland aufzunehmen, daß den „berechtigten Verteidigungsansprüchen der Vereinigten Staaten und der westlichen Hemisphäre“ Rechnung tragen würde.

Der Friedensvertrag mit Japan

London. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, nahm die britische Regierung den Vorschlag der australischen Regierung an, eine Konferenz der Nationen des britischen Commonwealth einzuberufen. Auf dieser Konferenz soll über die gemeinsame Haltung bei den Verhandlungen über den Friedensvertrag mit Japan beraten werden.

Smuts über die internationale Lage

Kapstadt. General Smuts sprach über die internationale Lage und betonte hierbei die Bereitschaft der südafrikanischen Union, „der ganzen Welt aus der wirtschaftlichen Krise herauszuhelfen. Wenn auch die internationale Lage sehr heikel ist“, sagte Marshall Smuts, „so bedeute das nicht, daß ein neuer Krieg unmittelbar bevorsteht, denn die ganze Welt hat genug vom Krieg. Der Weltkrieg führte zum Verschwinden der größten Mächte, an deren Stelle zwei Großmächte getreten sind: Die USA und die UdSSR. Daraus resultiert die Gefahr eines Konfliktes. Großbritannien muß, und das ist eine Lebensfrage, seine ehemalige Stellung wieder einnehmen und dann als Pendlers des Friedens dienen. Marshall Smuts erklärte, daß er Großbritannien als „bessere Friedensgarantie“ ansehe als die Vereinten Nationen.“ Er befaßte sich dann mit den Problemen Deutschlands und Oesterreichs. Die Lage bleibe dort so verworren und undurchsichtig wie schon immer. Falls man aber diese Länder weiter in diesem Zustand belasse, so befände sich die Welt in einer ebenso schwierigen Lage wie zur Zeit der Feindseligkeiten.

Eisenbahn-Transitverkehr erweitert

Speyer. Um dem im Januar dieses Jahres erfolgten Beitritt der sowjetischen Besatzungszone zum deutschen Eisenbahn-Transitverkehr Rechnung zu tragen, ist zum internationalen Durchfuhrtarif für Güter und Tiere im Durchgang durch Deutschland der Nachtrag II erschienen. Dieser Nachtrag tritt am 15. Juni in Kraft. Nähere Auskunft erteilen die Güterabfertigungen.

Die Kriegs- und Vorkriegs-Exportverträge

Minden. Ueber die Behandlung deutscher Exportverträge, die vor dem Kriege und während des Krieges mit dem Ausland abgeschlossen wurden, finden zurzeit Beratungen statt, teilte die Vereinigte Export-Import-Agentur mit. Vor allem soll dabei geklärt werden, in welcher Form zwischen den deutschen und ausländischen Vertragspartnern ein Ausgleich herbeigeführt werden kann, wenn die Aufträge bereits ganz oder teilweise ausgeführt wurden oder die Exportwaren durch Kriegseinwirkung verloren gegangen sind. Im Ausland werden zurzeit Verzeichnisse aller Firmen aufgestellt, deren Verträge mit deutschen Unternehmen noch laufen und die ihre bestellte Ware bereits ganz oder zum Teil bezahlt haben.

Badischer Landtag bei der Arbeit

Freiburg. Die beratende Landesversammlung schloß ihre Tätigkeit mit einer kurzen Sitzung, die im Anschluß an die Gottesdienste für beide Konfessionen stattfand. Dr. Person dankte als Präsident der Versammlung für ihre Arbeit und bat den Oberbürgermeister von Freiburg, auch den Stadtbehörden für ihre Mithilfe den Dank der Versammlung zu übermitteln und gab im Anschluß einen kurzen Rechenschaftsbericht über die geleistete Arbeit.

Der neue Landtag trat um 16 Uhr im festlich geschmückten Sitzungssaal zusammen. Abgeordneter Vielhauer (DP) empfing als Alterspräsident des Hauses Gouverneur Pène und die Vertreter der französischen Militärregierung. Mit seinen Begrüßungsworten sprach der Alterspräsident Dank, Hoffnung und eine Bitte an die Militärregierung aus. Den Dank dafür, daß die Militärregierung die Zustimmung zur Verfassung gegeben und damit das Zustandekommen eines wirklichen Landtages ermöglicht habe, die Hoffnung, daß es diesem Landtag gelingen werde, einen Staat der Ordnung auszubauen, und die Bitte, daß die Militärregierung weitere Freiheiten auf dem Wege zur Selbständigkeit des badischen Volkes

gewähren möge. Sein Wunsch für die Zukunft ging darauf hinaus, daß Baden auf der breiten Basis einer demokratischen Ordnung ein Land werde, was seinem früheren Namen als „Musterlande“ wieder Ehre machen könne.

Gouverneur Pène wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die jetzige Versammlung nicht mehr wie vorher eine Schöpfung der Militärregierung sei, sondern direkt vom badischen Volk ausgehe, das frei über die Form seiner Institutionen befragt wurde. Am Schluß seiner Rede versicherte der Gouverneur, daß auf dem Wege zur Freiheit das badische Volk mit der vollen Unterstützung Frankreichs rechnen dürfe. Nach der Uebersetzung dieser Ansprache verabschiedete sich der Gouverneur.

Alterspräsident Vielhauer begrüßte sodann die weiteren Ehrengäste und dankte der bisherigen Regierung und den Behörden für ihre geleistete Arbeit. Bevor zur Wahl des neuen Präsidenten geschritten wurde, überreichte Abgeordneter Dr. Eckert (BCSV) im Auftrag des badischen Handwerks dem Alterspräsidenten eine kunstvoll gearbeitete Wahlurne, die die Handwerksmännern Freiburg und Konstanz dem badischen Landtag

widmeten und nun zum ersten Mal Verwendung fand. Mit 37 von 59 Stimmen wurde der ehemalige Präsident der Beratenden Landesversammlung, Dr. Person (BCSV), wieder zum Präsidenten gewählt. Vizepräsidenten wurden die Abgeordneten Geiler (SP) und Vielhauer (DP), Schriftführer die Abgeordneten Dr. Kist (BCSV), Reinhard (SP) und Frau Dr. Teutsch (DP).

Der Landtag schritt dann zur Wahl der Vertrauensmänner bzw. Ältesten und des Geschäftsordnungsausschusses. Dabei entwickelte sich eine erregte Debatte zwischen der BCSV-Fraktion und den Fraktionen der Linken, da sich die BCSV an eine nicht zu Ende geführte Abstimmung mit den anderen Fraktionen hielt, wonach die Ausschüsse des Landtags nur noch mit sieben statt mit neun Mitgliedern zu beschicken seien, und zwar mit 4 Vertretern der BCSV, zwei der SP und einem der DP. Die Fraktion der Linken, insbesondere die Kommunisten, erklärten jedoch, daß sich bei diesen Vorbesprechungen eine neue Situation ergeben habe, zu der sie noch nicht Stellung nehmen konnten und beantragten, daß die Besetzung der Ausschüsse mit neun Mitgliedern wie bei der Beratenden Landesversammlung zu erfolgen habe. Ein dementsprechender Antrag des kommunistischen Abgeordneten Eckert, der dabei erklärte, daß sich seine Partei auf den Boden

der neuen Verfassung stelle und mitarbeiten wolle, andererseits die BCSV die ganze Verantwortung für die gegenwärtige Lage trage, wurde mit den Stimmen der BCSV und der DP abgelehnt. Abgeordneter Mayer (SP) erklärte daraufhin, daß seine Fraktion auf ein Mandat zugunsten der Kommunisten verzichte. Die beiden genannten Ausschüsse wurden dann auch mit Einzelabstimmung über die Vertreter mit je sieben Mitgliedern und zwar 4 der BCSV und je einem der SP, der DP und KP gebildet. Anschließend gab Präsident Dr. Person noch einige Anträge der BCSV und DP bekannt.

Anträge der demokratischen Landtagsfraktion

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 75 der Verfassung zur Nachprüfung der im bisherigen Entnazifizierungsverfahren angewandten Methoden. Dabei ist die Untersuchung in erster Linie auf den wirtschaftlichen Sektor (Ausschuß Bräun-Dirr) und den landwirtschaftlichen Sektor (Ausschuß Zink) auszudehnen.

2. Die Regierung zu ersuchen, bei der hohen Militärregierung zu ersuchen, a) daß die Inassen der Internierungslagern bezüglich ihrer Schuld oder Unschuld einer sofortigen Prüfung unterzogen werden; und der

Maßgabe, sie entweder den ordentlichen Gerichten oder den Untersuchungsausschüssen zur Überprüfung zu überweisen. b) Die Verwaltung der Internierungslager in deutsche Hände zu legen. c) Den inneren Frieden des badischen Volkes und den Wiederaufbauwillen dadurch zu fördern, daß eine Amnestie für Minderbelastete und Mitläufer erlassen wird. Diese Amnestie soll sich in erster Linie auf die Kriegsbeschädigten und die Opfer des Krieges erstrecken.

Zur Ernährungslage

Die demokratische Fraktion bittet die Landesregierung, die hohe Militärregierung auf den außerordentlichen Ernst der Ernährungslage hinzuweisen. Die bisherigen Maßnahmen können bei dem Stand der landwirtschaftlichen Produktion des südbadischen Zuschnittsgebietes irgendwie praktisch in Betracht fallende Mengen an Lebensmitteln bis zur nächsten Ernte nicht mehr erbringen, sondern höchstens die Produktionsmöglichkeiten bis zur nächsten Versorgungsperiode verschlechtern und den Produktionswillen lähmen.

In der Fraktionssitzung der Demokratischen Partei wurde Oberbürgermeister Dr. Waldin zum 1. Vorsitzenden, Rechtsanwalt Vortisch zum stellv. Vorsitzenden und Bürgermeister Stahl zum Schriftführer gewählt.

Dr. Kuelz zur Münchener Konferenz

Berlin. Auf dem zweiten Landespartei-Kongress der LDP in Berlin gab Dr. Kuelz in seiner Rede zur Frage der Münchener Konferenz der Hoffnung Ausdruck, daß diese nach der Schaffung einer nationalen Repräsentation zu konkreten und brauchbaren Vorschlägen kommen möge. Durch die Ablehnung der von den Ministerpräsidenten der Sowjetzone gemachten Vorschläge komme, so erklärte Kuelz, dieser Konferenz jedoch keine allzu große politische Bedeutung zu. Alleinige Träger der politischen Willensbildung seien, solange Deutschland noch keine Regierung habe, nur die Parteien. Es sei jedoch wünschenswert, daß die Regierungschefs der sowjetischen Zone der Einladung nach München Folge leisten würden. Entgegen der Äußerung Schumachers, daß einer nationalen Repräsentation der Parteien das politische Fundament fehle, erklärte Kuelz, die Zusammenkunft der Parteien wolle gerade dieses Fundament schaffen. Es sei nicht notwendig, ferne Ziele zu verfolgen, sondern die Parteien müßten sich mehr als bisher den nächsten Problemen zuwenden, um dem Volke die elementaren Grundsätze zu geben. Die Frage der westlichen oder östlichen Orientierung lehnt Kuelz ab, da es nur eine Orientierung gebe, die Deutschland helfe. Er sei überzeugt, daß die Besatzungsmächte für diese Einstellung, volles Verständnis hätten.

Ab 1. Juni 125 Gramm Brot täglich

Baden-Baden. Die Militärregierung gibt bekannt:

Die Brotgetreideerzeugung der französischen Besatzungszone reicht nur aus, die Bevölkerung auf ein halbes Jahr mit Brot zu versorgen. Die fehlenden Getreidemengen müssen durch Einfuhr ausgeglichen werden. Da diese Einfuhr sich in der letzten Zeit erheblich verzögert hat, ist auf Grund der Vorratslage eine Änderung der Rationssätze ab 1. Juni erforderlich geworden. Unter diesen Umständen können Nahrungsmittel auch nur noch in den Großstädten ausgegeben werden. Die Brotration für erwachsene Normalverbraucher könnte auf 200 Gramm täglich festgesetzt werden, das Brot müßte dann jedoch einen 60%igen Anteil von Weizenmehl enthalten. Da die Qualität dieses Brotes sehr minderwertig wäre, erachten es die zuständigen Stellen für angebrachter, den Anteil an Weizenmehl auf 30% zu beschränken. Infolgedessen muß der Tagesatz auf 125 Gramm festgesetzt werden. Dafür werden täglich 90 Gramm Weizenmehl zur Ausgabe gelangen, so daß jede Familie dieses nach eigenem Gutdünken verwenden kann. Diese 90 Gramm Weizenmehl, die an Stelle der 125 Gramm ausgegeben werden, um die die bisherige Brotration gekürzt worden ist, entsprechen verhältnismäßig einer Brotration in Höhe von 115 Gramm.

Die Zuckerrationen, die im Monat Mai infolge Verzögerungen bei der Einfuhr nicht zur Ausgabe gelangen konnten, werden dafür in Kürze ausgegeben werden, so daß die Normalverbraucher im Monat Juni eine doppelte Zuckerration erhalten.

Außerdem wird im Juni die doppelte Ration Hülsenfrüchte zugeteilt werden. Es ist zu hoffen, daß die Herabsetzung der Brotration nur vorübergehender Natur sein wird, da auf Grund entsprechender Schritte der Militärregierung mit baldigen Lieferungen aus der USA gerechnet werden kann.

In diesem Zusammenhang muß anerkannt werden, daß der Getreideablieferungsbeitrag in allgemein zufriedenstellendem Maße genügt worden ist. Die vorbildliche Haltung der Bauern verdient Anerkennung seitens der Arbeiterschaft in den Städten, die demgegenüber moralisch verpflichtet ist, die für die Bezahlung der lebensnotwendigen Einfuhr unumgänglichen Ausfuhrerträge zu schaffen.

Mehr denn je ist die Disziplin und Solidarität zwischen Stadt und Land die wichtigste Voraussetzung für die Überwindung der derzeitigen Schwierigkeiten.

Hoover: „Separatfrieden notfalls unerlässlich“

Washington. Der frühere Präsident Herbert Hoover versicherte in einer Erklärung vor dem Kreditausschuß der Kammer, daß ein Separatfrieden, notfalls ohne die UdSSR, unerlässlich sei, um der amerikanischen Regierung zu ermöglichen, die Wirtschaft Deutschlands, Japans und Koreas in Gang zu bringen und so die finanzielle Belastung, die mit der amerikanischen Besatzung verbunden ist, zu erleichtern. Hoover sagte ferner, daß er sich zur Zeit „mit einer Aufstellung aller amerikanischen Einnahmequellen befaße, um daraus zu ersehen, welche Beiträge die amerikanische Regierung in Zukunft zur Wiederherstellung und zum Wiederaufbau fremder Länder leisten könnte.“ Der Vorschlag des ehemaligen Präsidenten erweckte lebhaften Widerhall. Die „New York Times“ billigt gleichzeitig den Vorschlag des Expräsidenten, alle die zur Zeit in Einzelprojekte aufgesplitteten Hilfeleistungen an die verwüsteten Länder zusammenzufassen. Die „New York Herald“ schreibt: „Die zu Ausgang des Krieges gemeinsam getroffenen Abmachungen sind zerbrochen, es sei denn, daß Raubland konkrete Vorschläge mache, sie wieder zum Leben zu erwecken. Es wird für den Westen immer unangenehmlicher, in seinen eigenen Gebieten auch sein eigenes System wieder einzuführen und dies im Übereinklang mit seinen eigenen politischen und wirtschaftlichen Grundsätzen zur Auswirk-

kung zu bringen.“ Das Blatt schließt mit der Feststellung, daß der Hoover'schen Erklärung nicht weniger Bedeutung zukommen sei, als der „Truman Doktrin“.

Respektierung der bürgerl. Freiheiten

Berlin. Die Militärregierungen die in Deutschland demokratisches Gedankengut fördern wollen, sind verpflichtet, für eine deutsche Bevölkerung das Beispiel des Rechtsgedankens zu bieten, die diesen Begriff Jahre lang entbehrt oder mißbraucht hat,“ schreibt das Organ der amerikanischen Militärregierung „Die Neue

Zeitung“. Das Blatt nimmt die Verhüllung von Berliner Studenten zum Anlaß, um die Rechtslage in Deutschland einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. „Der Fall der Berliner Studenten war eklatant, aber er war nicht der einzige. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht Verhaftungen aus der Ostzone oder dem russischen Sektor Berlins authentisch gemeldet werden. In der Mehrzahl der Fälle wird keine Begründung angegeben, die Angehörigen erhalten keine Auskunft und die Öffentlichkeit wird nicht über die rechtmäßige Abwicklung der Verfahren unterrichtet.“ Abschließend weist das Blatt auf die Forderung des amerikanischen Außenministers in Moskau hin, wonach die Besatzungsmächte in Deutschland mit der Wahrung des Rechtsgedankens und der Respektierung der bürgerlichen Freiheiten vorangehen müssen.

577 Mill. für Berlins Wiederaufbau

Berlin. Eine Magistratsvorlage, die 577 Millionen Mark für den Wiederaufbau der Stadt Berlin im Jahre 1947 vorsieht, wurde dem Berliner Stadtparlament unterbreitet. Davon entfallen auf den sowjetischen Sektor 209 Millionen, auf den amerikanischen Sektor 135 Millionen und auf den französischen Sektor 47 Millionen.

Sitzung des württg.-bad. Landtags

Stuttgart. Der württembergisch-badische Landtag hielt seine 21. Sitzung ab. In der Debatte bei der zweiten Beratung des Haushaltsplanes 1947 erklärte der Vertreter der CDU, seine Fraktion werde die gegenwärtige Regierung trotz aller Bedenken weiter unterstützen. Die SPD-Abgeordnete Pflüger warnte davor, Gegensätze aufzustellen, Baden und Württemberg müßten zusammenwachsen. Der kommunistische Abgeordnete stellte fest, die CDU-Abgeordneten hätten in der Verfassungsform von Württemberg-Baden ihre Verfassung gefunden. Während des Wahlkampfes in Württemberg und Südbaden hätte die CDU jedoch für die Verfassungsentswürfe dieser Länder gesprochen, in denen eine Vereinigung von Südwürttemberg und Südbaden mit Nordwürttemberg und Nordbaden nicht vorgesehen sei.

US-Wirtschaftspolitik auf weite Sicht

Washington. Auf Anregung des Staatssekretärs für die Landwirtschaft, Anderson, wird die Ministerkonferenz für Ernährungsfragen nicht, wie zunächst vorgesehen, in Washington, sondern in einer europäischen Hauptstadt stattfinden. Bekanntlich haben die USA der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Ackerbau, der 34 Nationen angeschlossen sind, die Einberufung einer solchen Konferenz vorgeschlagen. Anderson wird selbst an der Konferenz teilnehmen. Als einladende Hauptstädte stehen Paris, London, Rom eventuell auch andere in Frage kommende Städte zur Wahl. Die Konferenz soll nicht nur die Getreidemengen festlegen, welche die notleidenden Länder von den Vereinigten Staaten erwarten können, sondern soll vor allem diese Länder dazu veranlassen, untereinander im Sinn eines Ausgleichs krasser Mangelerscheinungen an Getreide und Brot bis zum Frühjahr 1948 zusammenzuarbeiten. Wie man weiterhin weiß, bereiten die Vereinigten Staaten für Anfang 1948 die Pläne für eine europäische Wirtschaftshilfe vor, von denen schon so viel gesprochen wurde, bevor ihre Ausarbeitung wirklich in Angriff genommen war. Es wird nicht möglich sein, sie vor Mitte 1948 zur Ausführung zu bringen. Der Grundsatz Tromans und der Mitarbeiter des neuen „Komitees“ für „Weltpläne auf weite Sicht“ ist hierbei, Europa ab sofort als ein wirtschaftliches Ganzes anzusehen. Der Beitrag Amerikas zum europäischen Wiederaufbau muß folglich auch als ein geschlossener Komplex ins Auge gefaßt werden. Die vorgeschene erste, der Brotgetreideversorgung geltende Konferenz, wird den amerikanischen Staatsmännern die Möglichkeit geben, ihre Politik für die nachfolgenden Konferenzen festzulegen, die möglicherweise der Unterstützung Europas mit anderen vordringlichen Produkten wie Lebensmitteln, industriellen und landwirtschaftlichen Maschinen, Metallen und sonstigen

Mangelwaren gelten werden, die zu einer Beschleunigung des europäischen Wiederaufbaus beitragen können. Eine der wichtigsten Fragen ist augenblicklich, welchen Platz die amerikanischen Staatsmänner der deutschen Industrie im Rahmen ihrer langfristigen Pläne zuweisen werden. Man wartet in ausländischen diplomatischen Kreisen ungeduldig auf die ersten amerikanischen Stellungnahmen zu diesem Problem.

KURZNACHRICHTEN AUS ALLER WELT

Streikdrohung französischer Studenten. Die Nationalvereinigung französischer Studenten beschloß, am Freitag, den 6. Juni einen Generalstreik zu organisieren, sofern die Regierung ihre Absicht, die Kolleggelder zu erhöhen und die Kredite für Stipendien herabzusetzen, aufrechterhält.

V 2-Geschloß explodierte. Die Einwohner der Stadt El Paso (Texas) wurden durch eine sehr starke erdbebenähnliche Erschütterung aufgeschreckt; die Ursache soll ein am dem Gelände von White Sand abgefeuertes Riesengeschloß vom Typ V 2 gewesen sein, das jenseits der mexikanischen Grenze bei Juarez explodierte. Ein für die Versuche am dem Gelände von White Sand verantwortlicher Offizier bestätigte den Abschluß eines Reaktionsgeschosses.

Emmy Göring im Internierungslager. Sonderminister Alfred Loritz, der die Verhaftung von Emmy Göring, Brigitte Frank und Margarete Frick angeordnet hatte, teilte mit, daß bei den drei Verhafteten dringender Flochtverdacht bestanden habe, da sie in Kürze als Hauptschuldige vor die Spruchkammer gestellt werden sollen. Frau Frick hat bereits kurz vor ihrer Verhaftung einen

Flochtversuch unternommen. Sie befand sich zurzeit in Polizeihaft und sollte noch in dieser Woche in das Internierungslager Augsburg-Göggingen gebracht werden.

Frankreich kauft überschüssiges Kriegsmaterial. Ein Kredit von fünfzig Millionen Dollar wurde von den USA. Frankreich zum Ankauf überschüssigen amerikanischen Kriegsmaterial zur Verfügung gestellt. Die Philippinen und Finnland erhielten zum gleichen Zweck Anleihen von je zehn Millionen Dollar.

Wehrpflicht in Ägypten. Der Gesetzesentwurf zur Einführung der Wehrpflicht in Ägypten sieht eine dreijährige Dienstzeit in einer der drei Armeeteile Heer, Marine oder Luftwaffe, vor.

Deutsch-amerikanische Ehen. Von 474 im April 1947 eingereichten deutsch-amerikanischen Heiratsanträgen wurden 199 genehmigt, heißt es in einer Bekanntmachung des amerikanischen Hauptquartiers für den europäischen Befehlsbereich.

Die Vereinigung der Landesverbände der FDP Westfalen und Nordrhein zu dem „Landesverband Nordrhein-Westfalen der FDP“ wurde auf der Landespartei-tagung der FDP in der Stadthalle Wuppertal-Elberfeld vollzogen.

Letzter Fünk

München. Die Elternschaft lehnte bei einer Abstimmung die kürzlich zur Debatte gestellte Prügelstrafe ab.

Paris. Ab del Krim, der nach der Anarchie seinen Aufenthalt in Frankreich nehmen sollte, ist auf der Ueberfahrt nach Marseille entflohen und hat sich unter ägyptischen Schutz gestellt.

London. Einige Mitglieder der Palästina-Kommission der UN-Vollversammlung begaben sich zur Prüfung der Lage nach Palästina.

Madrid. Der spanische Cortes wird in dieser Woche über Francos Nachfolgersatz abstimmen, wobei mit einer Annahme gerechnet wird.

New York. Wallace schlug vor, einen Anteil des Oelvorkommens in Saudiarabien der Sowjetunion zuzugestehen, um einem eigenmächtigen Handeln der UdSSR vorzubeugen.

Kairo. Der ägyptische Ministerrat ratifizierte das Abkommen mit Italien zur Ableistung der Reparationen.

Der Wirt von Nelenburg

Erzählt von G. Faber

Copyright by Waldemar Fabelt, Hamburg 1947

An einem Flecken namens Nelenburg, dessen Roßmarkt viele Auswärtige anzog, unterhielt Pieter Elst eine ihrer gepriesenen „suche wegen bevorzugte Gaststätte, die zum Zeichen wüchser Liebenswürdigkeit „Zur Iröhlischen Einkehr“ hieß; zugleich aber machte er es mit Süß und Skizzenblock, mit Pinsel und Palette den großen Meistern nach, deren Ruhm dazumal in Stadt und Land widerklang. In der Welt seines wüchserigen Gewerbes stand er dabei gewissermaßen fest und breitbeinig, während er sich in den Bereich der Kunst nur mit zaghaften Schritten, doch mit nicht minderem Bereitschaft des Gemütes wagte.

Was ihn an die blühende Wirklichkeit band, war außer seiner Herberge, einer kleinen, den Hausbedarf kaum überragenden Bierbrauerei sowie einer mittleren Landwirtschaft Katheline, sein tüchtiges und handfestes Weib, das ihm all die anderen Güter mit in die Ehe gebracht. Was ihn zu der höheren und schwerer zugänglichen Welt bildnerischen Bemühens hinzog, war neben einer vom Vater ererbten Fertigkeit im Zeichnen und Malen ein Drang des Herzens, der seine Augen weiter schweifen ließ, als die Gemerkung seiner Aecker reichte und der Ruf seines gediegenen Hauses. Trotzdem hatte er bisher diesem Hunger nach dem Wunder der Erde wenig stattgeben können; denn eine anspruchsvolle und am späten Abend oft raulustige Kundschaft wollte bedient oder gegügelt sein, und dazu bedurfte es stärkerer Arme

als die der Frau Wirtin, so stramm sie auch waren.

Pieter Elst begnügte sich also, um seine zweite, innere Welt nicht zu verlieren, mit den kleinsten Dingen, aus denen, wie er hörte, bisweilen das Große wächst: er studierte Bau und Form der wohlgenährten Gänse und Enten oder er setzte sich rittlings auf den Flankierbaum im Stall, um die Rundung seiner zugkräftigen Pferde zu umreißen, guter englischer Zucht und im Kriege schon erprobt. Er umstreifte mit seinem Zeichenkasten auch die Gestade des Flusses, der grünlich träge in jene Ferne zog, die, wie Pieter glaubte, für seinen Lebensdrang wie für seinen Stolz eine reichere Ausbeute gewähren müßte als das gewohnte Bild der Fluren um Nelenburg.

Ueber Maß und Wert seiner Kunst war Pieter Elst sich keineswegs im klaren.

Er wußte zwar, daß man sie in Städten schulmäßig und in jahrelangen Bemühen lerne, ihm war aber auch bekannt, daß manches Talent, ja Genie, ohne diese den freien Atem löhrenden Vorbereitungen Meisterwerke hervorgebracht hätte, allein durch den besitzenden Schwung der Seele und mittels einer pinselgewandten Hand.

Ein fachkundliches Urteil über seine Blätter und Mappen hatte er allerdings noch nie erhalten; des Schulmeisters lehrerhafte Bedenken und des Pastors freundliche Fremderterung waren das einzige Salz, das das Ragout seiner mannigfaltigen Farbversuche würzte.

„Ihr müßt Euch strenger an Natur und Wachstum halten“, hatte der Schulmeister ge-
gügt.

„Immerhin könnt Ihr zu einer schönen Höhe in Eurer Kunst gelangen“, lautete des Pfarrherrn Trost.

Pieter selber war überzeugt, mit Kreide und Kohle bereits dasjenige, was hinter den Gegenständen liegt, in einer spielerisch bewegten Form festhalten zu können, während er seinen Strich mit Stift und Feder für etwas spröde, ungeniek, fast sogar leblos hielt. Deshalb übte er sich vor allem mit diesem feinsten, gefährlichsten Handwerkszeug, bald daran verzweifelnd, bald durch eine plötzlich gelungene zügige Linie zu weiterer Arbeit fortschreitend, wobei er eines Tages sogar, wie er es in Werkstätten abgeschaut und aus Büchern entnommen, mit Grabstichel und Radiermadel zu hantieren versuchte.

Mit Oel, dem anspruchsvollsten Material des Künstlers, meinte er wiederum geschickter, freier umzugehen, besonders in der Landschaft, wo eine kühne, breite Pinselführung möglich war. Mit übermalter Leinwand — meist Stillleben aus der eigenen Küche — hatte er auch die Gänge des Gasthauses zum Kummer Kathelines ausgeschmückt.

Ueberhaupt die Frau Wirtin!

Sie ließ allein die kirchlichen Malereien gelten, zu denen freilich, wie sie meinte, nicht jedermann berufen sei; doch all der andere Zierat, den es früher nicht gegeben, gemalte Wirtschaftsrüchelszenen, beherzte, wirtelspielende Soldaten und Dirnen mit frechbemalten Gesichtern, lachende und rauchende Herren, aufgezupft wie Gockelhühner, oder gar splitternaekte Weibspersonen, das hielt sie alles für nutzloses Zeug und für einen Auswuchs der sittenlosen Zeit,

herbeigeführt durch das unziemliche Vorbild einiger malender Liedräse in den großen Städten.

Sie sah ihrem Ehemann indessen manches nach, da er ja in der Wirtschaft und in der Ökonomie mit gleicher Rührigkeit schaltete wie mit Farbtopfen und Malgerät und ihrem eigenen Fleiß in Küche und Keller nicht nachstand; doch als er sie eines Tages auflockerte, am helllichten Morgen völlig entkleidet als Venus, wie er sich ausdrückte, vor seine Staffelei zu treten, da zeigte sie ihm, handfest wie sie war, daß sie zu keiner Venus tange, wohl aber zu einer tatkräftigen Wirtin.

Allerdings kamen ihr kurz darnach Bedenken, Pieter könne, in seine Pinselkammer verzoert, ein anderes Weib zu solchen Studienzwecken bitten; und unter der Kundschaft, namentlich von auswärtig, waren genug ebenso Leichtgesinnte, die sich dazu hergeben hätten.

So ward ihr langsam seine Malerei zum Greuel. Weil sie in diesem abseitigen Geschäft, das keinen Gewinn abwarf, immerlich nicht teilnehmen konnte, sah Katheline in der Kunst eine unbekante, verführerische Macht, die Pieters Herz für und ihrer Umgebung entfremdete.

Der malende Wirt hatte aber auch einen Bundesgenossen seiner Kunstbesessenheit im Hause; das war der Bruder einer verstorbenen Schwägerin, der seine Tätigkeit als Pflandier in der Stadt ausgeübt hatte und nun dem Verwandten in Nelenburg mit allerlei Handgriffen und Beabsichtigungen zur Seite stand. (Fortsetzung folgt)

Aus der badischen Heimat

Breisgau und Oberrhein

Freiburg i. Br. Bei einem Einbruch in das Lager eines Geschäftshauses wurden 300 Glühbirnen gestohlen. Die Beledungskörper waren zur Verteilung an die lösigen Fachgeschäfte bestimmt. — Aus einem Schlafzimmer in der Hochmeisterstraße wurden Schmucksachen im Werte von 7000 Reichsmark entwendet.

Emmendingen. Am 30. Mai tagte unter dem Vorsitz des Landrates in der Oberrealchule die Kreisversammlung. Die Wahl der Beisitzer zu dem Verwaltungsgericht war der erste und wichtigste Punkt der Tagesordnung. Die Wahl ergab die Nominierung von vier Vertretern der BCSV und zwei der SP als Beisitzer zum Verwaltungsgericht. Mit der Verlesung des Protokolls der außerordentlichen Kreisratssitzung vom 27. Februar, das einstimmig genehmigt wurde, ging man zum Punkt Verschiedenes über. Gleich anderen Kreisen, ist auch die Landkreisselbstverwaltung des Kreises Emmendingen nicht gewillt, weiter die Finanzierung des Landwirtschafts- und Ernährungsamtes zu tragen, da diese in keiner Weise der Landkreisselbstverwaltung koordiniert sind. Die Landwirtschaftsschule in Waldkirch kann demnächst eröffnet werden, während es in Kenzingen noch an Lehrkräften mangelt. Die Neubesetzung der Hausmeisterstelle des Altersheims wurde eingehend erörtert. Um die Eröffnung des geplanten Jugendberufshilfsheimes in Angriff nehmen zu können, wurde ein Kreisratsmitglied mit der Prüfung der Voraussetzungen beauftragt. Eine ausgedehnte Debatte entstand über die Verkehrsverbesserungen ins Elztal. Die jetzige Lastkraftwagenverbindung ist unzulänglich. Die Einsetzung eines Autobusses scheiterte bisher an der Preisfrage. Um die Straßenvorbesse- rung zwischen Emmendingen und Waldkirch durchführen zu können, müssen eigene Arbeitskräfte gestellt werden. Auch die Wieder- instandsetzung der Bahnhalle wurde eingehend erörtert. Heltig wurde die bisherige Obst- und Gemüseversorgung über einen Freiburger Großhändler kritisiert.

Zur Abwehr des Kartoffelkäfers ist größte Wachsamkeit und die Mitarbeit der gesamten Bevölkerung erforderlich.

Lörrach. Einen mittleren bis guten Ertrag versprechen die Kirschen im Markgräflerland und in den Rheinniederungen. In verschiedenen Lagen haben die Malikauer empfindliche Schäden angerichtet. Auch die Birnen versprechen für den Herbst einen ansprechenden Ertrag, dagegen sind bei den Äpfeln die Aussichten recht gering. Zwetschgen und Pflaumen versprechen einen mittelmäßigen bis guten Herbst. — Vor 85 Jahren, am 3. Juni 1862, fand die feierliche Eröffnung der Wiesentalbahnstrecke Basel—Schopfheim statt. Die von der „Wiesental-Eisenbahngesellschaft“ erbaute Strecke ging später in den Besitz des badischen Staates über und wurde 1913 elektrifiziert.

St. Blasien. (Aus der Gemeinderatssitzung.) Als Abladeplatz für Bauschutt soll das für die Erweiterung des Friedhofs in Aussicht genommene Gelände verwendet werden. — Die Aufstellung einer Holzgarbe durch ein industrielles Unternehmen wurde mit Vorbehalt genehmigt. — Eine Beteiligung der Gemeinde an der Ausstellung „Kunst und Kunsthandwerk im Hochschwarzwald“ mit einem Gemälde von Professor Adolf Hildebrand kann in Aussicht gestellt werden. — Die Vorbereitungen für die Flüchtlingsaufnahme wurden getroffen. Zur Bearbeitung dieser Aufgaben wurde eine Kommission bestellt, in der Gemeinderat Dr. Wolfgang Bause den Vorsitz führt. Außerdem sollen der Kommission Vertreter des Caritasverbandes, des Hilfswerks der Evangelischen Kirche, des Badischen Hilfswerks und der örtlichen Wohnungskommission beigeordnet werden.

Waldshut. Zu dem Großfeuer, das vor etwa acht Tagen in Bannholz wütete und ein dreistöckiges Anwesen mit wertvollem Mobiliar in Schutt und Asche legte, wird bekannt, daß das Feuer vermutlich durch die Besitzerin des Hauses, die Witwe des Berliner Fabrikanten Stockel, gelegt worden ist. Unweit der Abortanlage des völlig zerstörten Hauses wurden die Über-

reste eines menschlichen Körpers gefunden. Damit bestätigt sich die Vermutung, daß Frau Stockel in den Flammen umgekommen ist.

Schallbach. Aus Gefangenschaft kehrten zurück: Max Enderlin, Adolf Müller und Karl Grether, der Letztere nach einer Abwesenheit von genau 10 Jahren.

Aus der Ortenau

Offenburg. Die hiesigen Bildhauer Kramer und Pitscheider erhielten den ehrenvollen Auftrag zur künstlerischen Gestaltung der Berliner Ruhestätte des von der Gestapo ermordeten badischen Geistlichen und Friedensapostels Dr. Metzger.

Offenburg. Der Weg der diesjährigen Fronleichnam-Procession erfährt in diesem Jahre insofern eine Änderung, als der Schluß derselben in der Dreifaltigkeitskirche stattfindet. Der Processionsweg ist folgender: Von Hl. Kreuz zum Kloster „Unser lieben Frau“ (1. Altar), von da durch die Lange Straße, Steinstraße, Fischmarkt und Hauptstraße zum Neuen Markt (2. Altar). Von hier durch die Hauptstraße, Graben-Allee, Weingartenstraße (3. Altar). Sodann durch die Hildastraße, Turmhallenstraße nach Dreifaltigkeit (4. Altar).

Offenburg. Die Gewerkschaft der Angestellten Offenburg hält am Dienstag, 3. Juni, 20 Uhr, in der „Micheihalle“ eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein wichtiges Referat eines auswärtigen Redners.

Oppenau. Die Gründung der Ortsgruppe der Demokratischen Partei Oppenau findet am Freitag, 6. Juni, im Gasthaus „Hirsch“ statt. Alle Parteifreunde, besonders die Jugend, sind herzlich eingeladen.

Kehl-Sundheim. Vor einigen Tagen wurde die Schulhausur wieder in Ordnung gebracht, das von der ganzen Gemeinde freudig begrüßt wird. Die im Orte liegenden Bunker wurden gesprengt. Dank factumistischem Können wurden keine größeren Schäden verursacht.

Aus dem Murgtal

Rastatt. Der Stadtrat hatte zu einer öffentlichen Sitzung eingeladen. Leider hat die Bevölkerung kein richtiges Interesse gezeigt. Die Bekanntmachungen der Stadt Rastatt sollen nunmehr an vier Zeitungen zu einem Jahreskostenatz von 800 Reichsmark gegeben werden. Zu diesen Blättern zählt auch „Das Neue Baden“. Das Haus in der Leopoldstraße 13 wird abgerissen und unter Verwertung des Materials neu aufgebaut werden. — Einen besonderen Punkt bildeten die städtischen Anlagen, die durch unwillige Beschädigungen immer wieder über zugerichtet werden. Es ist großer Unmut, wenn Jugendliche in den Anlagen der Stadt für Unwesen treiben und das schöne Bild, das die Anlagen allen Besuchern bieten sollen, trüben. Gegen die Täter muß nun mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden. Nicht weniger als 15 Bänke wurden bisher abmontiert und entwendet. Die Pensionäre der Stadt werden wieder mit Ausweisen versehen. — Einige Gesuche um Geschäftskonzessionen wurden verweigert. Das Gesch. Külln, Kriegsstraße 14, (Handel mit Pferden) wurde genehmigt. Als letzter Punkt kamen die Badegelegenheiten der Stadt Rastatt zur Debatte. Das städtische Bad am Schwalbenrain kann jeden Montag, Mittwoch und Samstag von 14 bis 21 Uhr benutzt werden, außerdem wurde die Murg von der Ankerbrücke bis zum Gesandtenord-Denkmal für Badezwecke freigegeben. An allen anderen Stellen ist das Baden verboten. — Inferne Angelegenheiten werden anschießend geheim behandelt.

Rastatt. In letzter Zeit kann man öfters die Beobachtung machen, daß in den frühen Morgenstunden Schuljungen, begleitet von einem Lehrer, mit dem Spaten zur Stadt hinaus ziehen. Fragt man nach dem Wozu und Wozu, so erzählt man, daß diese Buben mit ihren Lehrern in die städtischen Wälder gehen, um dort Pflanzlöcher zu graben, in die dann die jungen Bäumchen gesetzt werden. Unsere einst so schöne Wälder haben während der Kriegszeit schwere Schäden erlitten. Auch die beiden vergangenen Nachkriegsjahre bedingten eine weitere Abholzung, um die Bevölkerung mit dem nötigen Brennholz zu versorgen. Die Holzorte sind immer spärlicher. Wir begrüßen deshalb diese Forstaktion, die von der Jugend durch-

geführt wird. Den Nutzen an dieser freiwilligen Aktion haben dereinst diese, heute jungen Buben, selbst. Es ist zweifellos ein gutes Zeichen für die demokratische Gesinnung der Jugend, zu der sie ja erzogen werden soll. Wir sind den Lehrern dankbar, daß sie die Schüler zu solcher Solidarität erziehen, mit der wir uns eine neue, wieder erträglichere Zukunft aufbauen können. Dieses Beispiel verdient Nachahmung.

Baden-Baden. Während der Zeit vom 1. Juni bis 30. September erfolgt eine Erhöhung der monatlichen Strom- und Gaszufuhr, um der Bevölkerung das Einmachen von Gemüse und Obst zu ermöglichen. — Einem dringenden Bedürfnis entsprechend konnte nunmehr endlich in Baden-Oos ein Übernachtungsheim für Reisende geschaffen werden. Die Bahnhofstraße, in des Caritasverbandes Baden-Baden hat nunmehr im alten Rathaus in Baden-Oos, dank der Unterstützung durch die Stadtverwaltung, ein Übernachtungsheim eingerichtet. Den Durchreisenden stehen etwa 20 Betten von abends 19 Uhr bis morgens 8 Uhr zur Verfügung. Die Übernachtung ist kostenlos.

Bühl. Am Freitag, 15. Juni, findet im Rathausaal in Bühl (Baden) eine ordentliche Tagung der Kreisversammlung des Kreises Bühl mit folgender Tagesordnung statt: Die Tagesordnung steht vor: Wahl zweier Schriftführer für die Dauer der Sitzungsperiode; Personalverhältnisse in der Anstalt Hub bzw. Heilstätte Ottersweier; Vertrag mit der LVA Baden in Karlsruhe über die Belegung der Heilstätte Ottersweier; Stellenplan der Anstalt Hub; Verlegung der Reichsstraße 3 in Achern.

Sasbachwalden. Am Sonntag wurde das 100-jährige Jubiläum der Pfarrkirche und Wallfahrt zur heiligsten Dreifaltigkeit feierlich begangen. Zu einem kirchlichen Spiel waren viele Gäste aus den Nachbargemeinden erschienen. Eine zu diesem Tage herausgegebene Festschrift, die Pfarrer Reichenbach einleitete, brachte heimatlich-kundlichen Text von F. J. Götz sowie reizvolle Federzeichnungen des im Hornisgrünbegebiet vielgeschätzten Malers R. Keyser.

Vom Hochschwarzwald

Donaueschingen. Am Montagmorgen gegen 2 Uhr brach in dem an der Friedhofstraße gelegenen Anwesen des Landwirts und Forstbeauftragten Schreiber Feuer aus. Das umfangreiche Gebäude stand sofort in hellen Flammen. Der landwirtschaftliche Teil des Anwesens brannte vollständig nieder. Der angebaute Wohnteil, bei dem der Dachstuhl anbrannte, konnte gerettet werden. Der Viehbestand kam nicht zu Schaden. Die durch die Neuordnung der Wehr reduzierte Zahl der Löschmannschaften bekämpfte energisch das Feuer. Es zeigte sich jedoch, daß die Neuordnung einen zu tiefen Eingriff in die bisherige Löschordnung gebracht hat. Die Brandursache ist bisher nicht bekannt geworden.

St. Georgen/Schw. Unsere Geburtstagskinder: 61 Jahre wurde am 26. Mai Wwe. Marie Müller geb. Pflög, Stockwald 38; am gleichen Tage beschloß Wwe. Christine Rauber geb. Müller, Gerwigstraße 19 ihr 70. Lebensjahr.

Zur politischen Säuberung

Das Staatssekretariat Baden hat sich veranlaßt gesehen, eine im Regierungsblatt vom 28. Mai 1947 veröffentlichte Landesverordnung über Dienstverpflichtung zur Durchführung der Aufgaben der Landesverordnung vom 29. März 1947 über die Bereinigung vom Nationalsozialismus und Militarismus zu erlassen. Personen, welche die Befähigung zum Richteramt und höheren Verwaltungsdienst besitzen, auch im Ruhestand befindliche, können danach zur Dienstleistung als Vorsitzende eines Untersuchungsausschusses oder einer Spruchkammer, auch außerhalb ihres jeweiligen Wohnsitzes oder Aufenthaltsortes, verpflichtet werden, ebenso zu sonstigen Aufgaben, welche im Rahmen der Landesverordnung liegen. Nur schwerwiegende Gründe, über welche das Staatssekretariat für politische Säuberung jeweils befindet, rechtfertigen die Ablehnung der Amtübernahme, dies gilt auch für die Beisitzer der Untersuchungsaus-

Juni

Im heißen Hauch mondsilbergrün die Wiese wehet her und hin. Goldamselruf, Hornissen-ton, den Wald bekront die Sommerkron. Mit seiner Sens' Sankt Barnabas rückt an und schneidet ab das Gras im Döngeltak, und Mäherschnitt. Und alls, was Hände hat, tut mit. Jetzt regne nur nicht, heiliger Veit, bis uns das Heu im Stadel leit und Peter-Paul, gestellt ans End, die Deichel gegen Juli wendt.

Josef Weinheber

Neustadt (Schw.) Die 33jährige Angestellte des Wirtschaftsamtes, Margarete Grote, Mutter dreier Kinder, kam auf einer Dienstreise auf tragische Weise ums Leben. Der hintere Reifen des Motorrades platzte. Die Bedauernswerte wurde vom Soziusatz heruntergeschleudert und schlug mit dem Kopf auf das Straßenpflaster, so daß der Tod nach wenigen Minuten eintrat.

Im Bodensegebiet

Konstanz. Der Konstanzener Münstertum ist für Besucher wieder zugänglich. Er kann am Samstagnachmittag, an Sonn- und Feiertagen und demnächst auch wieder jeden Werktag betreten werden. — Die Eröffnung einer Schweizer-Bibliothek in Verbindung mit der Stadtbücherei wurde genehmigt.

Konstanz. Das Mittlere Militärgericht Freiburg sprach gegen die 41jährige Inhaberin eines Konstanzener Friseurgeschäftes eine Gefängnisstrafe von 5 Jahren und 5000 Mk. Geldstrafe aus. Die gleiche Strafe wurde einem Sägewerksbesitzer aus Konstanz zudiktirt, der fremdländische Arbeitskräfte schlecht behandelt hatte. Weiter befaßte sich das Gericht mit den Ausländermorden der SS im April, 1945 in Stockach. Eine 32jährige Ehefrau von dort wurde zu 5 Jahren Gefängnis und eine 38jährige Ehefrau zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie den Unterschlupf von Ausländern verraten hatten.

Insel Reichenau. Das Fest des „Heiligen Blutes“ wurde am Montag wieder auf der Insel Reichenau gefeiert. — Der Personen-Fahrbetrieb Insel Reichenau—Altenbach wurde mit täglich vier Fahrten in jeder Richtung wieder aufgenommen.

Bodman. Auf dem Frauenberg wird künftig der Wallfahrtsgottesdienst jeden Donnerstag um 9 Uhr stattfinden. An Fronleichnam fällt er aus. Stockach. In einer gemeinsamen Entscheidung der Gewerkschaften, Betriebe, Behörden und Schulen wurde der Beginn der Mittagszeit einheitlich auf 13 Uhr festgesetzt. Auch die Gaststätten geben erst ab 13 Uhr Mittagessen aus.

Emmingen ab Egg. Am vergangenen Dienstag wurde durch Blitzschlag das landwirtschaftliche Anwesen Dreherhof vernichtet. Der erschienenen Feuerwehr, die durch den Tuttlinger Löschzug unterstützt wurde, gelang es nicht mehr den Brand einzudämmen.

Aus der Pfälzerstadt Schramberg

Schramberg. Am 1. Juni vollendete Frau Anna Wirthle geb. Maier, wohnhaft am Bocks-

Das Sasbacher Friedhofskreuz

Zu dem Kreuzen, die unter dem Einfluß der Baden-Badener Kreuzdarstellung von Nikolaus Gerhart von Leyden (1467) namentlich im oberbayerischen Raume entstanden, gehört auch der Kreuzifixus auf dem Friedhof zu Sasbach bei Achern. Freilich erreicht dieses Werk, ebenso wie die zahlreichen ähnlichen Darstellungen dieser Epoche, nicht die hohe künstlerische Bedeutung des Badener Kreuzes, das in seiner Wirkung von keinem anderen übertroffen worden ist. Wir müssen daher, wenn wir das Sasbacher Kreuz würdigen wollen, unbedingt die Baden-Badener Darstellung heranziehen, die dieser Schöpfung zweifellos als Vorlage gedient hat.

Über einem hohen Sockel erhebt sich ein mächtiges Kreuz aus Sandstein, das glatt behauen ist. Die Vorderseite trägt über drei Wappenschildern die Jahreszahl 1549. Am Ende des Längsbalkens, über dem Haupt Christi, ist der Kreuzstift angeheftet, ein querschaltes, unten eingerissenes Pergament oder Papier. Die Gestalt Christi hängt lang und ausgestreckt am hohen Kreuz. Der Körper ist schlank, ohne jede häßliche Magerkeit und zeigt eine feine anatomische Durchbildung nach dem Badener Vorbild. An der rechten Seite unterhalb der Rippen des vorgedehnten Brustkorbes klafft die große Seitenwunde. Der Unterleib ist durch die Ausspannung des Hängers eingezogen. Die kraftlosen, schwa-

chen Arme sind genau wiedergegeben, die Schulteransätze sorgfältig gearbeitet. Unter der Haut erscheinen die Adern. Weniger genau sind die Hände geformt, die durch Beschädigung sehr gelitten haben. Die langen, schmalen Schenkel, Kniee und Füße zeigen eine korrekte Ausführung. Der rechte Fuß ist über den linken gelegt und von einem Nagel durchbohrt, wodurch sich das Bein leicht nach innen dreht. Das Lententuch windet sich straff um die Hüften; nur an den Enden schwingt es aus.

Eine besondere Durchbildung zeigt das Haupt. Ohne Verzerrung erweckt das Antlitz noch den Eindruck eines Lebenden. Die Augen sind halb geschlossen, doch gebrochen. Der Mund, leicht geöffnet, als hauchte er noch aus. Der kräftige Bart, die Backenknochen, Nase und Augenbrauen sind sorgfältig durchgebildet. Das Haar fällt lang auf die Schultern und spielt rechts bis zur Achselhöhle, zeigt jedoch nicht jene vollendete einmalige Ausführung des Badener Kunstwerkes Meister Gerharts, bei dem es in einzelnen Strähnen und reicher Fülle das schmerzliche Gesicht umrahmt. Die Dornenkrone und die späte Zierkranz hinter dem Haupt wirken etwas entfremdend. Der Kopf neigt sich leicht nach vorn. Er wie das ganze Kunstwerk äußert in seiner Ruhe mehr die innere Überwindung des Leidens als den Eindruck äußerer Schmerzen.

Am 28. Mai wurde Frau Anna Marie Kammerer geb. Eitwein, Richthofenstraße 1 und am 31. Mai Frau Kressentia Bänkecht geb. Kugler, Roßbergstraße 20, 75 Jahre alt. 84 Lenze zählt am 2. Juni Frau Maria Aberle geb. Heininger, Bahnhofstraße 13. — Wie erst jetzt bekannt wurde, starb mit 19 1/2 Jahren als Volksturmann am 9. Juli 1945 der St. Georgener Fernmeldemechaniker-Lehrling Georg Heinrich Krüger, Gerwigstraße 15. — Vor dem „Ochsen“ ereignete sich am letzten Dienstag ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Motorrad und einer Motorsäge. Durch den heftigen Zusammenprall erlitt der Fahrer des Motorrades mehrere Rippenbrüche und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Radolfzell. Zu Beginn der letzten Stadtratssitzung gedachte Bürgermeister Gohl des denkwürdigen 29. Mai als Eröffnungstag des neugewählten Landtags mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß damit ein weiterer Schritt im Wiederaufbau unseres Landes getan sei. Der Bürgermeister unterrichtete die Stadtratmitglieder, daß Radolfzell wiederum aus einer Kartoffel- und Maismehlzeitung als nicht zu den Prioritätsstädten zählend ausgeschlossen bleiben soll. In Anbetracht der kritischen Ernährungslage der Stadt richtete der Bürgermeister auch im Namen der politischen Parteien und des Gewerkschaftsausschusses Protesttelegramme an die maßgebenden Stellen, die er in Freiburg durch persönliche Rücksprache mit der zuständigen Regierungsstelle noch unterbreiten wird. — Von französischer Seite wurde eine Polizeikontrolle angeordnet, um junge Mädchen, die ohne Arbeitsnachweis angestellt werden, festzustellen. Am ersten Tag der Kontrolle wurden 19 Mädchen namhaft gemacht.

Karlsruhe. Die Gemeinden Jöhlingen, Wörsingen, Söllingen und Klein-Steinbach wurden durch die Unwetterkatastrophe im Landkreis Karlsruhe und Pforzheim am 27. Mai besonders heimgesucht. In Jöhlingen wird der Schaden an Tabak auf 80 Prozent, an Obst auf 50, an der Heuernte auf 100, an Getreide auf 40 und an Hackfrüchten an 30 Prozent geschätzt. 70 Wohnungen wurden beschädigt.

Freiburger Passionsfestspiele in Nordbaden. Kürzlich wurden in Heidelberg und Mannheim unter der Direktion von N. G. Faßnacht, dem weltberühmten Christustheater, die Freiburger Passionsfestspiele mit großem Erfolg durchgeführt.

Weltkomitee der Bibliothekare. Das Weltkomitee der Bibliothekare versammelte sich unter dem Vorsitz des norwegischen Erziehungsministers Fosstovoll zu einer Tagung in Oslo. An der Tagung waren 60 Delegierte aus 18 Ländern vertreten. Insbesondere wurde der Wiederaufbau der Bibliotheken in den vom Kriege betroffenen Ländern besprochen.

